

Nr. XIX. GP.-NR 1447 10
1995 -06- 23

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Versorgungsausgleich

Im Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei für die derzeit laufende Legislaturperiode ist unter anderem vorgesehen, daß dem Eherecht ein Versorgungsausgleich für den Erwerb von Pensionsansprüchen im Falle der Scheidung zu gestalten ist.

Die unfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Änderungserfordernisse entstehen durch eine solche Regelung im Pensionsrecht?
 2. Gibt es in Ihrem Ministerium bereits eine Arbeitsgruppe, die sich mit den erforderlichen Änderungen beschäftigt?
Wenn nein, wie haben Sie vor, die entsprechenden Änderungen vorzubereiten?
 3. Wann rechnen Sie mit einer Umsetzung dieser Punktes des Regierungsübereinkommens und wann werden die Vorarbeiten in Ihrem Bereich abgeschlossen sein?